

Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?

Hier findet ihr den Gesetzestext zur „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“¹. Die Präambel stammt von Rudolf Hess, der Reichsminister und Vertreter Adolf Hitlers war. Den Gesetzentwurf verfasste Joseph Goebbels. Er war „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“.

Nr. 169 — Tag der Ausgabe: 7. September 1939

1683

Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen.

Vom 1. September 1939.

Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herüberfendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, daß jeder Deutsche aus Verantwortungsbewußtsein heraus es zur Anstandspflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen. Für diejenigen Volksgenossen, denen dieses Verantwortungsbewußtsein fehlt, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die nachfolgende Verordnung erlassen.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet für das Gebiet des Großdeutschen Reichs mit Gesetzeskraft:

§ 1

Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.

§ 2

Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen

Berlin, den 1. September 1939.

Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

§ 3

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Handlungen, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden.

§ 4

Für die Verhandlungen und Entscheidung bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind die Sondergerichte zuständig.

§ 5

Die Strafverfolgung auf Grund von §§ 1 und 2 findet nur auf Antrag der Staatspolizeistellen statt.

§ 6

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und zwar, soweit es sich um Strafvorschriften handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz.

§ 7

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Goering
Generalfeldmarschall

Der Stellvertreter des Führers
R. Hess

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung
Fried

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen. Vom 1. September 1939. Reichsgesetzblatt, 1939, Nr.169, S.1683. Fundort: ALEX/Österreichische Nationalbibliothek.

¹ Ähnlich wie die Rede Crones (M4.3) ist der Gesetzestext nicht als Zeugnis rechtstaatlicher Gesetzgebungspraxis zu sehen, sondern vielmehr als Mittel zur Verfolgung Andersdenkender.